



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/226 - 29.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

Bedrohte Rundfunkfreiheit	S. 1
Die Rundfunkpropaganda in der Sowjetzone	S. 4

Sturm auf den NWDR vorbereitet

- MM. Noch ehe ein Pressegesetz den neuen Bundestag beschäftigt, wird ein Bundesrundfunkgesetz im Entwurf vorliegen. Wenn es dann so geht, wie der Präsident des ersten und wohl auch des zweiten Bundestages, Dr. Ehlers, vorgeschlagen hat (der kraft seiner Stellung am meisten zum Hüter demokratischer Einrichtungen und Praxis berufen wäre), dann wird das Rundfunkgesetz in den Ausschüssen unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt werden. Vielleicht aber hat das "Vorparlament", wie Ehlers die Alleinherrschaft der CDU/CSU im neuen Bundestag so treffend nannte, schon vor der Ausschussberatung alles so "geordnet", wie man es sich denkt. Und dieser "man" wären der allmächtige Parteiführer, zugleich Bundeskanzler und seine Einpeitscher, unter denen Staatssekretär (und Bundestagsabgeordneter in einer Person) Dr. Lenz an erster Stelle und unmittelbar persönlich interessiert zu nennen ist.

Das Bundesrundfunkgesetz spielt schon jetzt in den Vorbesprechungen zur Neubildung der Regierung eine nicht unwichtige Rolle. Die früheren Pläne und Entwürfe, die hauptsächlich von Dr. Lenz angeregt und geprägt waren, sehen eine starke Zentralgewalt im Rundfunkwesen der Bundesrepublik vor. Nicht nur diese Tendenz, sondern schon die Tatsache allein, dass der Bund ein Gesetz über Rundfunk erlassen will, das mehr behandelt als die technischen Angelegenheiten, die aus dem nationalen und inter-

nationalen Fernmelderecht zur Kompetenz des Bundes gehören, rief die Länder auf den Plan, die eifersüchtig darüber wachen, dass ihre Zuständigkeit in Kulturfragen nicht angetastet wird. Bayern gehörte bisher zu den aktivsten Hütern dieses Länderrechts und wehrte sich gegen ein Bundesgesetz über den Rundfunk, das den von Lenz beabsichtigten, weit in die Organisation und in die Zweckbestimmung des Rundfunks eingreifenden Auftrag bekommen sollte.

Jetzt wird erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen sein, und es ist höchst verwunderlich, zu erfahren, dass bei den Gesprächen um die Besetzung der Ministersessel, insbesondere auch um die Benennung eines Vizekanzlers, das Bundesrundfunkgesetz im Hintergrund sichtbar wird. Will die CSU einen Grundsatz für einen Posten verkaufen?

Der Köder: Dezentralisation

Der mit allen Wassern gewaschene und unverwundlich listenreiche Kontrahent im Bund freilich hat längst einen Köder bereit: Nein, nicht Zentralisation ist unser Ziel, sondern gerade Dezentralisation wollen wir! Der NWDR wird "zerschlagen" - nein "organisch aufgelöst" werden. Nordrhein-Westfalen wird seinen eigenen Sender bekommen und "andere Länder auch". Aber hier waltet noch Vorsicht. Es wäre töricht, etwa zu sagen: und Schleswig-Holstein auch. Wenn man nämlich Hamburg am 1. November bei den Bürgerschaftswahlen erobern könnte, wird es unklug gewesen sein, Kiel vorzeitig etwas zu versprechen, was man aus der Sache keineswegs guthiebt. Darüber ist man sich nämlich ganz klar, wenn man "unter sich" ist. Aber wenn Hamburg nicht fällt - dann ist "natürlich" der schleswig-holsteinische Sender "aus der Sache" unentbehrlich. So sieht die "ganz objektive" Erwägung nun einmal aus, bei der die Partecipolitik "natürlich" gar keine Rolle spielt.

Mit einer Zweidrittelmehrheit könnte der Bundestag den Widerstand der Länder gegen jedes Rundfunkgesetz brechen, den diese aus den Bestimmungen des Grundgesetzes ableiten. Das Grundgesetz dürfte auch in anderen Paragraphen demnächst mancherlei Änderungen über sich ergehen lassen müssen. Da es aber nicht nur sozialdemokratisch regierte Länder sind, die Widerstand gegen einen Übergriff der Zentralgewalt in das Gebiet des Rundfunks leisten, können die Auseinandersetzungen im Parlament lehrreich und politisch wichtig werden - wenn Herr Ehlers nicht Vorsorge trifft, dass jeglicher Zwist im "Vorparlament" (der Fraktion der CDU/CSU) oder doch in den Ausschüssen hinter verschlossenen Türen begraben wird.

Hörergelder sind keine Staatsgelder

Mit diesen Angeboten und Andeutungen wird jetzt bei uns Politik gemacht. Dass der Rundfunk ausserhalb der Politik bleiben muss, ist eine gute Parole für Versammlungen und passend für moralische Entrüstungen. Die Hörer, die ihre Rundfunkgebühr zahlen, merken es kaum, dass die zwei Mark zu einer Staatssteuer werden. Sie haben im NWDR eine finanzielle starke Macht aufgebaut, und viele Modernisierungen und neue Einrichtungen waren überhaupt nur möglich, weil der NWDR die Mittel freistellen konnte. Man denke an den Millionenaufwand für das Fernsehen. Jedoch - weil dieser NWDR nicht ein Propagandainstrument der Regierung ist, muss er in die Zange genommen werden. Er wird "organisch aufgelöst".

Und gleichzeitig wird - so argumentiert diese Clique der Politiker - eine Zentralkasse errichtet und die anderen Rundfunkgesellschaften in Deutschland dürfen hoffen, dass sie aus dem grossen Topf auch etwas bekommen. Auch dieser Köder ist längst ausgelegt. Dass vor der Verteilung der Bund sich einen nicht unbeträchtlichen Anteil nehmen möchte, wird weniger oft beachtet. Dass es nicht Sache des Bundes sein kann, über Hörergelder zu verfügen, die keine staatlichen Mittel sind, könnte sogar juristisch interessant werden.

Kommissare statt Mitarbeiter?

Der Sturm wird noch in diesem Jahr beginnen. Vorerst finden Vorgefechte statt. Im NWDR ist nicht mehr der Generaldirektor Ziel der Angriffe. Er sei, so wurde in diesen Tagen vor höchst verantwortlicher politischer Stelle gesagt, ein humaner und verständiger Mann. Aber seine Mitarbeiter! Sie seien überdies von der Labour-Militärregierung in Deutschland eingesetzt worden und müssten schon aus diesen Grunde verschwinden. Man zögert nicht, Namen zu nennen. Nachdem im Inland und im Ausland durch die Gleichschaltungsaktionen und -forderungen der vor Wonne taumeligen Sieger schon reichlich Porzellan zerschlagen wurde, wird es wohl als zu auffällig, vielleicht sogar als dem demokratischen Renommee abträglich empfunden, wenn man die Spitze zum Rücktritt zwingen wollte. Man stelle ihn kalt, den ersten Mann, das ist ein altes Prinzip. Man entziehe ihm seine Mitarbeiter - man überschiebe ihm "vertrauenswürdige" Personen. Kommissare und Agenten nennt man sie sonst, aber hier werden sie Sachkundige heissen, die "besonders objektiv" sind. Der Kampf hat schon begonnen. Bald soll der Verwaltungsrat des NWDR eine "entsprechende" Mehrheit haben, dann wird der Druck auf jene Männer beginnen, die dort bisher eine sorgfältige, sachliche Arbeit geleistet haben. Sie gehören verschiedenen Parteien an, auch der CDU, auch der SPD. Sie sind zur Unabhängigkeit verpflichtet und keinen Weisungen unterworfen. Und es sind ehrenwerte Männer und Frauen an dieser Arbeit, die mit viel Beharrlichkeit und Fleisse, oft auch mit Mut einen nützlichen Aufbau geleistet haben.

Werden sie dem Druck von aussen weichen? Wir brauchen heute in Deutschland keine Helden, aber Charaktere. Wie stark sind die unterirdischen, die heimlichen Kräfte in unserem Lande schon, die eine unheimliche Macht erstreben, allem zum Trotz, was Vernunft und rechter Sinn in fairem Wirken errichteten? Am Beispiel des NWDR werden wir erassen können, wo wir stehen.

+ + +

Aufbau und Entwicklung des kommunistischen

Deutschlandsenders

"Die Rundfunkpropaganda in der Sowjetzone", heisst der Titel einer vom Vorstand der SPD veröffentlichten Denkschrift, mit der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein wichtiges Instrument der sowjetischen Propaganda in Deutschland gelenkt wird.

Die Denkschrift knüpft an den Zusammenbruch des "Grossdeutschen Rundfunks" an und enthält eine ausführliche Schilderung

29. September 1953

der Entwicklung des Rundfunkwesens in der Sowjetzone seit 1945. Aus einem Vergleich mit der Entwicklung des Propagandarundfunks unter Goebbel'scher Leitung ergibt sich die nicht allgemein bekannte Tatsache, dass mit der Bildung des "Staatlichen Rundfunkkomitees" im September 1952 der sowjetzonale Rundfunk ebenso wie der Nazi-Rundfunk genau sieben Jahre benötigte, um den Funk nicht nur unter seinen Einfluss zu bringen, sondern auch organisatorisch unmittelbar an den Regierungsapparat anzuschliessen.

Auf dem Gebiet des Rundfunks wird besonders ersichtlich, wie wenig die Beschlüsse von Potsdam gerade von sowjetischer Seite beachtet worden sind. Zwar wurde zunächst ein dezentralisiertes und nach regionalen Gesichtspunkten gegliedertes System von Rundfunkgesellschaften geschaffen, aber bereits nach kurzer Zeit wurde aus dem Aufsichtrecht der sowjetischen Zensuroffiziere eine zentrale Lenkung der Meinungsbildung im sowjetischen und kommunistischen Sinne.

Potsdamer Direktiven durchbrochen

Durch eine Direktive des Alliierten Kontrollrats waren die Besatzungsmächte an Richtlinien über den Aufbau des Rundfunkwesens gebunden, die die organisatorische Form des Rundfunkwesens und die Stilllegung des "Deutschlandsenders" betrafen. Aber bereits im Jahre 1947 wurde die Kontrollrats-Direktive durch die Schaffung einer "Generalintendanz des Demokratischen Rundfunks" für alle Sender der Sowjetzone durchbrochen. Dieser Generalintendanz, die unter Leitung eines Deutschen sowjetrussischer Staatsangehörigkeit stand, waren allumfassende Befugnisse über die Sender, ihre Organisation und ihr Finanzgebaren, die personelle Besetzung der leitenden Funktionen und der Redaktionen, ferner auch die Gestaltung der Sendungen eingeräumt. Von dieser Position aus wurde die Sowjetisierung des Rundfunks durch das Zentralkomitee der SED und sowjetische Besatzungsstellen systematisch betrieben.

Die Entwicklung zum Staatsrundfunk führte über eine Reihe von Säuberungen, der auch mehrere Generalintendanten zum Opfer fielen. Die letzte und entscheidende Phase dieser Entwicklung ist die nach sowjetischem Vorbild vorgenommene Gründung des "Staatlichen Rundfunk-Komitees" mit einem zentral geleiteten und kontrollierten

"Drei-Säulen-Programm". Entscheidend für diese Entwicklung war zweifellos die von der zentralen Kaderabteilung des Zentralkomitees der SED gesteuerte Personalpolitik, vermittels derer die Personalabteilungen und Redaktionen mit einem Stab besonders geschulter und überprüfter SED-Funktionäre durchsetzt wurden.

Damit bestehen heute auf dem Gebiet des Rundfunkwesens in der Sowjetzone Verhältnisse, wie sie in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 schon einmal vorhanden waren. Der einzige Unterschied liegt in der Vervollkommnung des Systems, in dem sich die Erfahrungen der sowjetischen mit denen der nazistischen Diktatur ergänzen.

Im Dienste der militärischen Spionage

Dem Einsatz des sowjetzonalen Rundfunks nach der Bundesrepublik kommt naturgemäss besondere Bedeutung zu. Es wird in der Denkschrift des SPD-Vorstandes eingehend nachgewiesen, dass die Korrespondenten des Sowjetzonen-Rundfunks in der Bundesrepublik mit den Methoden der politischen Konspiration arbeiten, indem sie sich nicht nur auf die Beschaffung von Informationen für publizistische Zwecke beschränken, sondern gleichzeitig Nachrichten über militärische und wirtschaftliche Vorgänge sammeln, die nur einem militärischen Geheimdienst von Nutzen sein können. Besonderes Gewicht wird auch auf die Ausnutzung der sozialen Spannungen in der Bundesrepublik gelegt. In den Sendungen des Sowjetzonenfunks, in denen die Verhältnisse und Ereignisse in der Bundesrepublik grundsätzlich in einer vergrößerten, verfälschten und verdrehten Weise dargestellt werden, ist eindeutig die Absicht erkennbar, vorhandene soziale Gegensätze zu vertiefen, ferner das Vertrauen der Belegschaften in den Betrieben zu ihren Gewerkschaften zu untergraben und den westdeutschen Kommunisten Hilfsdienste zu leisten.

Über den Wahrheitswert der über Sowjetzonen sender verbreiteten Meldungen braucht an dieser Stelle, da Nachrichten im sowjetischen Bereich lediglich der Beeinflussung und nicht wie im Westen der Unterrichtung zu dienen haben, nichts gesagt werden.

Obwohl die Wirksamkeit der sowjetzonalen Rundfunkpropaganda in der sowjetisch besetzten Zone als auch im Westen gegenwärtig äusserst gering ist, sollte die weitere Entwicklung der kommunistischen Propaganda auf diesem Gebiet aufmerksam verfolgt werden. Diesem Zweck dient auch die vorliegende Denkschrift der SPD.